Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.

Anzeigenpreis (zeilenförmig, Anzeigenfenster): im Amtsblattbezirk der Raum der 11p. Grundzeile 1000 Mk. (Familienanzeigen u. Stellengesuche 800 Mk.), auswärts 1200 Mk., im amtl. Teil die halbe Zeile 4000 Mk., auswärts 4800 Mk., im Reklameteil die Petitzeile 4000 Mk., auswärts 4800 Mk.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 446, Schneeberg 10, Schwarzenberg 378. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart. Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 162. | **Sonntag, den 15. Juli 1923.** | **76. Jahrg.**

Auf Grund von Paragraph 3 der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 2. Juli 1923 werden unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 28. Juni 1923 für den **Kleinverkauf von Milch** vom 3. Juli 1923 ab folgende **Höchstpreise** festgesetzt:

1) Für den Kleinverkauf durch den Erzeuger ab Stall an den Verbraucher:
für Vollmilch 2000 Mark, für Mager- und Buttermilch 1000 Mark.
2) Für den Kleinverkauf im Laden, ab Wagen oder frei Haus:
für Vollmilch 2500 Mark, für Mager- oder Buttermilch 1500 Mark.

Wegen der Höchstpreise des Erzeugers an den Händler sowie für Butter und Speisequark wird auf die vorgenannte Verordnung verwiesen.

Die Preisprüfungsstellen der Amtshauptmannschaft und der Stadt Schwarzenberg und der Städte Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, am 13. Juli 1923.

Kleinverkaufspreis für Zucker.

Für den auf die Markenabschnitte Q, R, S zu liefernden Zucker werden folgende Preise festgesetzt:

Melis und Raffinade bis zu 3500 Mark je Pfund.
Puderzucker, Lompen, Brote bis zu 3500 Mark je Pfund.
Würfelzucker bis zu 3800 Mark je Pfund.

Für den Zucker, der etwa noch auf die Abschnitte N, O, P zu liefern ist und nachweislich erst im Juli an die Großhändler geliefert worden ist, wird der Preis erhöht:
für Melis auf bis zu 2000 Mark je Pfund;
für Würfelzucker auf bis zu 2200 Mark je Pfund.

Die Preisprüfungsstellen der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg und der Städte Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, zugleich für die Preisprüfungsstellen der Gemeinden des Kommunalverbandes, 12. Juli 1923.

Aue. Sonntagsruhe im Barbier- und Friseurgewerbe.

Für das Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe in Aue ist durch kreishauptmannschaftliche Verordnung die volle Sonntagsruhe eingeführt worden. Auch die Ausübung des Gewerbes in den Wohnungen der Kunden mit Ausnahme des Theaterfrisierens ist untersagt. Nur zu den drei hohen Festen, und wenn ein allgemeiner Festtag einem Sonntage vorausgeht oder folgt, ist die Ausübung des Gewerbes am ersten dieser Tage von 8—11 Uhr vorm. nachgelassen. Die näheren Bestimmungen hängen an der Anschlagstafel des Stadthauses zur Einsichtnahme aus.

Aue, den 13. Juli 1923. Der Rat der Stadt. — Polizeiamt. —

Bekanntmachung.

Gegen den Bäckermeister **Paul Otto Lein** in Aue ist wegen unvollständiger Führung der Aufzeichnungen und versuchter Hinterziehung von allgemeiner Umsatzsteuer auf das Jahr 1922 rechtskräftig auf eine Geldstrafe von insgesamt 160 000 Mark (i. B.: einhundertundsechzigtausend Mark), sowie auf öffentliche Bekanntmachung auf Kosten des Beschuldigten erkannt worden.

Aue, am 12. Juli 1923. Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Gegen den Bäckermeister **Franz Richard Lerchner** in Aue ist wegen unvollständiger Führung der Aufzeichnungen und versuchter Hinterziehung von allgemeiner Umsatzsteuer auf das Jahr 1922 rechtskräftig auf eine Geldstrafe von insgesamt 170 000 Mark (i. B.: einhundertsiebzigtausend Mark), sowie auf öffentliche Bekanntmachung auf Kosten des Beschuldigten erkannt worden.

Aue, am 12. Juli 1923. Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Gegen den Bäckermeister **Karl Hermann Schönlger** in Aue ist wegen unvollständiger Führung der Aufzeichnungen und versuchter Hinterziehung von allgemeiner Umsatzsteuer auf das Jahr 1922 rechtskräftig auf eine Geldstrafe von insgesamt 180 000 Mark (i. B.: einhundertachtzigtausend Mark), sowie auf öffentliche Bekanntmachung auf Kosten des Beschuldigten erkannt worden.

Aue, am 12. Juli 1923. Das Finanzamt.

Schwarzenberg.

Die Gebührnisse für die Heimbürginnen betragen ab 1. Juli ds. Js. bis auf weiteres 64 000 Mark für Erwachsene und 42 000 Mark für Kinder.

Schwarzenberg, am 11. Juli 1923. Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg.

Die Firma **Kraußwerke** in Schwarzenberg beabsichtigt, ein neues **Wehr**, etwa 8 Meter unterhalb des jetzigen, rechtwinklig zur Bachrichtung mit Grundablaß, einzubauen. Der Grundablaß soll eine lichte Weite von 1,75 Meter erhalten. Die Unterlagen für die Einbauung des Wehres liegen im Stadthause 2 — Gewerbeamt, Zimmer Nr. 8 — aus. Gemäß Paragraph 17 der R. G. O. wird dies hiermit bekannt gemacht. Etwaige Einwendungen sind bei deren Verlust, soweit sie nicht auf Privatrechtstiteln beruhen innerhalb vierzehn Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Schwarzenberg, am 10. Juli 1923. Der Rat der Stadt. — Gewerbeamt. —

Nutzholzversteigerung. Stadt- und Kirchenwald Lößnitz.

Im Gasthof zum Sächsischen Hof in Lößnitz sollen Donnerstag, den 19. Juli 1923, von vorm. ½10 Uhr an, 1000 fi. Stämme von 10—19 cm, 170 fi. Stämme von 20—33 cm, 14 fi. Klötze von 11 bis 24 cm, 140 fi. Stangen von 8—13 cm gegen sofortige Bezahlung versteigert werden. Auskunft durch die Forstverwaltung Lößnitz, Fernruf Amt Aue 508.

Lößnitz, den 14. Juli 1923. Rat der Stadt und Kirchenvorstand.

Nutz- u. Stockholzversteigerung. Raschauer Staatsforstrevier.

Donnerstag, den 19. Juli 1923, vorm. 11 Uhr im Gasthof zum Schweizerhof in Mittweida.

223 fi. Stämme, 16—19 cm Mittenst.; 65 fi. Stämme, 20—22 cm; 29 fi. Stämme 23—29 cm, 557 fi. Klötze, 7—15 cm Oberst.; 212 fi. Klötze, 16—22 cm; 154 fi. Klötze, 23—36 cm; 1 fi. Klotz, 38 cm, 3,5 m lang; 3 bu. Klötze, 20—23 und 30 cm, 2,5 m lang; 1 Ahorn-Klotz 30 cm, 3 m lang, 100 Reisstangen, 7 cm Unterst., 6—7 m lang; 166 rm Stöcke für die Bauernschaft der Gemeinde Mittweida-Markersbach.

Aufbereitet in den Kahlschlägen in Abt. 44 und 46.

Abgabe der Hölzer gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen. Die Nummerzettel werden vor Deckung entstehender Kreditüberschreitungen nicht ausgehändigt.

Forstrevierverwaltung Raschau. Forstrentamt Schwarzenberg.

Jahrmarkt in Neustädtel findet am 29. und 30. Juli statt.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Noch keine Einigung.

Berlin, 13 Juli. Ueber die Erklärungen Baldwins im englischen Unterhause wird vorläufig eine Stellungnahme der Reichsregierung nicht erfolgen. Zur Stunde liegt in Berlin nur der Reuterbericht vor. Die Regierung hat infolgedessen noch keine Möglichkeit, irgendwie Stellung zu nehmen. Man sieht in der Erklärung Baldwins eine Aufschiebung der eigentlichen Entscheidung.

Außerdem hat die französische Regierung durch den heute vormittag erfolgten Ueberfall auf Barmen eine sehr bezeichnende Antwort auf die Erklärungen Baldwins abgegeben. Die Reichsregierung zieht aus dieser Besetzung den Schluß, daß Poincare auch weiterhin versuchen will, einen Druck auf Deutschland auszuüben, um noch vor dem Fallen einer Entscheidung Deutschland zur Kapitulation zu veranlassen. Die Reichsregierung wird daher alles tun müssen, um diese Hoffnung Poincares zuschanden zu machen.

•

London, 13. Juli. Die große Unterhausrede Baldwins dauerte fast 1¼ Stunde. Der Beifall, der sie teilweise unterbrach, wiederholte sich am Schlusse zu einer machtvollen Kundgebung, die mit den Beglückwünschungen des Premierministers durch die Abgeordneten des Hauses fast eine Viertelstunde anhielt. Seit dem 2. August 1914 und dem 11. November 1918 hat das Unterhaus keine derartige Sitzung erlebt. In den Parteisitzungen, die unmittelbar nach der Unterhaussitzung stattfanden, kam allgemein die Auffassung zum Ausdruck, daß Baldwins Erklärungen die aktive Politik Englands zur Beilegung des Ruhrkonfliktes eingeleitet haben und daß die Ereignisse sich jetzt schnell folgen werden. An der Londoner Börse löste die Baldwinsche Erklärung ein neues Fallen des französischen Franken aus.

London, 13. Juli. Das Reuter-Büro meldet: In amtlichen britischen Kreisen wird über die Natur der britischen Antwort auf das deutsche Memorandum, deren Fertigstellung bis zum 19. Juli zu erwarten ist, weiter vollständige Zurückhaltung geübt. Es kann aber als sicher angenommen werden, daß die britische Antwort den Vorschlag enthalten wird, eine internationale Kommission einzusetzen, die Deutschlands Fähigkeit zur Reparationszahlung bestimmen soll. Möglicherweise wird auch die Frage der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet berührt werden. Die Note wird wahrscheinlich der Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis gebracht werden.

London, 14. Juli. „Daily Telegraph" schreibt zu dem Entwurf der englischen Antwortnote: Die Sachverständigen-Kommission soll zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit innerhalb des Versailler Vertrages arbeiten als Ausschuß der Reparationskommission. Ein Amerikaner als Vorsitzender würde von allen Alliierten begrüßt werden. Die drei Arten der von Deutschland angebotenen Garantien hätten große Aehnlichkeit mit den von den belgischen Sachverständigen vorgeschlagenen. Die Frage des passiven Widerstandes würde in dem Mantelbrief des Entwurfes der Antwortnote erörtert.

„Daily Expreß" schreibt, die Regierungserklärung werde von der großen Menge des britischen Volkes mit Zustimmung aufgenommen. Das ändere aber nicht viel an der Lage.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald" sieht keine Aussicht, daß Poincare den britischen Vorschlag annehmen werde.

„Daily Telegraph" meint, aus dem Satz, in welchem die durch die Besetzung des Ruhrgebietes geschaffene gefährliche Lage bedauert und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß sie ein schnelles, ehrenhaftes Ende finden müsse, könne der Schluß gezogen werden, daß die britische Regierung versuchen werde, ein Kompromiß zwischen der Einstellung des passiven Widerstandes durch die Deutschen und den industriellen Freiheiten der Deutschen den Alliierten in Vorschlag zu bringen. Es sei keine Drohung betreffs einer unabhängigen Aktion durch England ausgesprochen worden. Man könne von der britischen Regierung nicht erwarten, daß sie die Forderung, die interalliierten Schulden Deutschland aufzubürden oder sie zu annullieren, zustimme. So großmütig England in der Schuldenfrage zu handeln bereit sein möge, so könne es aus prinzipiellen Gründen nicht der Uebertragung der Schulden von einem zahlungskräftigen auf einen weniger zahlungskräftigen Schuldner zustimmen. Baldwin werde vielleicht heute in der Lage sein, eine weitere Erklärung bezüglich des Maßes und der Form abzugeben, in der die amerikanische Regierung an der Lösung der Reparationsfrage mitwirken könne.

Von den liberalen Blättern kommentiert der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" Baldwins Erklärung sehr scharf. Er fragt, ob es nicht an der Zeit gewesen wäre, den alliierten und neutralen Ländern Mitteilung von den bisherigen Verhandlungen zu machen, zum mindesten den britischen Fragebogen zu veröffentlichen. Die Erklärung kündige keine praktische Politik an, und es bestehe keine Aussicht darauf, daß der französische Ministerpräsident einer Antwort auf die Note zustimmen werde, welche die Notwendigkeit der Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine unparteiische Körperschaft erklärt. Wenn Poincare also der Entwurf einer solchen Antwort durch den englischen Premierminister zugehen werde, so wisse dieser im voraus, daß Poincare ihn ablehnen werde. Er gebe Poincare lediglich die Möglichkeit, die Sache einige Monate zu verschleppen.

„Daily News" nennt Baldwins Rede die beste politische Erklärung, die seit dem Waffenstillstand abgegeben wurde.

„Westminster Gazette" begrüßt es, daß die Periode wohlwollender Impotenz zu Ende sei. Es sei erfreulich zu hören, daß die Unterstützung Italiens so gut wie sicher sei, und die Regierung hoffe, bei den anderen an der Stabilität Europas interessierten Ländern Unterstützung zu finden.

•

Paris, 13. Juli. Der „Temps" meldet die Unterhausrede Baldwins fordere bei allen freundlichen Worten für Frankreich eine gleiche parlamentarische Erklärung und Antwort Frankreichs. Die Abgeordneten des nationalen Blocks waren am Donnerstag abend bei Poincare. Poincare habe sich bereit erklärt, ohne neue englische Vorschläge abzuwarten, im Parlament Interpellationen über die englische Regierungserklärung zu beantworten. Voraussichtlich würde es schon am Montag oder Dienstag zu diesen Anfragen an Poincare kommen.

Paris, 13. Juli. Nach dem „Neuyork Herald" hat eine hochstehende offizielle französische Persönlichkeit gestern abend den befriedigenden Eindruck der englischen Regierungserklärung in den französischen Kreisen wie folgt zusammengefaßt:

1. Baldwin betont durch seine ganze Erklärung hindurch Loyalität gegenüber dem Gedanken der Entente.
2. Er bringt die interalliierten Schulden mit den Reparationen in Verbindung.
3. Frankreich und Belgien sollen mit England bei der Vorbereitung der Antwort an Deutschland mitwirken.
4. Er stellt die Frage der Sicherheit für Frankreich wieder in den Vordergrund und betont Englands Absicht Frankreich beim Einziehen der Reparationen behilflich zu sein, anstatt seine Drohung, unabhängig vorzugehen, auszuführen.

„Petit Parisien" findet es bemerkenswert, daß die englische Regierung hinsichtlich der Reparationen klar zu verstehen gegeben hat, daß England sich anschicke, Deutschland zum Zahlen zu zwingen.

„Matin" hofft, daß in dem englischen Entwurf der Antwort auf das deutsche Angebot Anstrengungen unternommen werden, nicht nur die Gefühle der Franzosen zu schonen, sondern auch die Ansichten Frankreichs zu verstehen. Die französische Regierung ihrerseits werde den Text im loyalsten, entgegenkommendsten Geiste prüfen, und wenn in den englischen Vorschlägen ein neues, augenscheinlich wirkungsvolles Mittel erblickt wird, Zahlungen zu erlangen, so würden sie ohne Voreingenommenheit geprüft werden.

„Journal" schreibt, man habe ein praktisches Programm angekündigt. Unglücklicherweise finde man in der britischen Erklärung nur eine neue Verurteilung der Ruhrbesetzung, die den deutschen Widerstand nicht vermindern könne.

•

Rom, 13. Juli. Der „Corriere della Sera" meldet, Mussolini werde bei nächster Gelegenheit die Uebereinstimmung zwischen den Aktionen Englands, Italiens und auch des Papstes aussprechen. Die bisherige Gepflogenheit der italienischen Politik, den Papst von allen politischen Handlungen auszuschließen, wurde von Mussolini aufgegeben.

„Secolo" melde aus Rom: Der französische Gesandte beim Vatikan ist abgereist. Gasparri war am Donnerstag zwei Stunden lang in der englischen Gesandtschaft beim Vatikan. Es findet ein fast ununterbrochener Drahtverkehr zwischen dem Vatikan und London statt. Die päpstliche Aktion geht dahin, daß die leidende Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete von jeder Beeinträchtigung ihrer Freiheit durch die Besatzungsarmeen befreit werden müßte.

Neue Raubzüge der Franzosen.

Barmen, 13. Juli. Heute früh trafen französische Truppenabteilungen in Barmen ein. Sie besetzten das Rathaus, die Reichsbank und andere Banken. Gegen ½12 Uhr sind sie wieder abgezogen, indem sie insgesamt 80 Milliarden raubten. Im Rathause soll ihnen 1 Milliarde in die Hände gefallen sein. Der Erste Schupo-Offizier ist von den Franzosen mitgenommen worden.

Barmen, 13. Juli. Nach der gegen 11 Uhr erfolgten Räumung der Stadt wird bekannt, daß die Franzosen außer sämtlichen staatlichen und städtischen Gebäuden auch die Gebäude der Reichsbank und der Handelskammer besetzt hatten. Der Straßenbahnverkehr war dadurch gehindert worden, daß an ver-